

Der Zukunftsvertrag

Göttingen: Vorschläge der Verwaltung in der Bewertung der Bürger und Betroffenen, Teil 1

Weichgespült!

Göttinger Bürger bewerten anders als vermutet

Zum großen Rundumschlag hat die Verwaltung der Stadt Göttingen ausgeholt, schließlich soll mit dem Land Niedersachsen ein Zukunftsvertrag abgeschlossen werden. Viel Geld muss eingespart werden, doch vieles, was die Verwaltung vorgeschlagen hat, wird von den Bürgern glattweg abgelehnt. Ein großer Wurf ist damit Verwaltungschef und Oberbürgermeister Wolfgang Meyer nicht gelungen. Die Befragung bringt es auch ans Licht, dass die Verwaltung und der Bürger doch ziemlich weit entfernt voneinander leben.

Natürlich gibt es auch viele Verwaltungsvorschläge, bei denen die Zustimmung eindeutig ist. Auf Platz eins der Vorschläge, denen die Göttinger via Internet zugestimmt haben, liegt die Kürzung des Zuschusses zum Schützenfest, gefolgt von der Erhöhung der Automatensteuer und Einsparungen von Strom und Wasser in städtischen Gebäuden oder beim Papiereinkauf. Alles Dinge, die eigentlich keiner besonderen Nachfrage bedürft hätten, sondern von Amts wegen hätten schon länger durchgeführt werden können – und gigantisch sind die Einsparmöglichkeiten hier nicht.

Viel spannender sind da schon die Dinge, die den Göttingern deutlich missfallen: Beispielsweise die Streichung der Zuschüsse für Schulwanderungen / Lehrfahrten, die Reduzierung des Zuschusses beim Schlessen, die

Streichung des Zuschusses an Pro Familia, die Streichung des Teil-Zuschusses für den Frauen-Notruf e.V. oder auch die Schließung des Weender Freibades (übrigens mit den meisten Contra-Stimmen).

Wirklich spannend wird es bei den Diskussionsvorschlägen – Dinge, an die sich die Verwaltung nicht herangetraut hat. Dort geht es um die richtig großen Summen und die Göttinger Politik und Verwaltung muss sich nun fragen lassen, ob sie noch so agiert, wie die Bürger das wollen. Denn eine deutliche Mehrheit der Menschen, die abgestimmt haben, befürworten eine Schließung der Stadthalle (Foto / ein Sparvolumen von 7,8 Millionen Euro bis 2020!). Ebenso sieht es bei der Streichung des Zuschusses für das Göttinger Symphonie Orchester aus. Hier würden bis 2020 exakt 8,47 Millionen Euro eingespart werden. Mehr als 16,2 Millionen mit zwei Streichen!

Vielleicht sollten sich die Damen

und Herren in Rat und Verwaltung Gedanken darüber machen, ob es nicht sinnvoller ist, zwei große Schritte zu machen, als Tausende von kleinen, weichgespülten Schritten – zumal es ja durchaus realistische Lösungsansätze für eine Stadthallenalternative gibt.

Und auch in sozialen Netzwerken wird diskutiert. Einen Sturm der Entrüstung zog der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Horst Reinert bei facebook auf sich, als er eine Freizeit In - Aktion zur Unterstützung der gebeutelten Bundesliga-Basketballer sarkastisch kommentierte. Die Sportfans waren (nicht zu Unrecht) beleidigt und umgehend begann eine Diskussion, was denn in Göttingen wieviel kostet, wie was zu bewerten ist, wie hoch subventioniert wird und ob es überhaupt notwendig ist, etwas zu subventionieren – das kann ja noch heiter werden.

Mehr zum Zukunftsvertrag findet man unter www.zukunftsvertrag.goettingen.de. bb



Widerspruch!

Keine Fusion des Jungen mit dem Deutschen Theater

Der Förderverein „Freundes des JT in Göttingen“ meldete sich als alleiniger Gesellschafter und Träger des „Jungen Theaters Göttingen“ zu Wort: „Es war der Wunsch der Stadt, dieses Theater durch Bürgerbeteiligung zu tragen. Dem Verein sind über 70 Mitglieder beigetreten. Der von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Fusionsplan wurde der Gesellschaft, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat zwei Stunden vor der Ratssitzung am 17. Februar mitgeteilt.

Das JT lehnt es ab, unter dem Dach des DT seine Eigenständigkeit zu verlieren. Das JT hatte in der letzten Spielzeit fast 50 Prozent der Besucher des DT erreicht: Mit neun Schauspielen, fünfzehn Produktionen und dreihundert Vorstellungen. Der breite Publikumsverfolg verpflichtet das JT geradezu, für dieses Publikum eigenständig zu bleiben. Sowohl die Mitglieder des Fördervereins als auch des Aufsichtsrates sind verpflichtet, sich für den Erhalt des JT einzusetzen und nicht für seine Auflösung zu wirken.

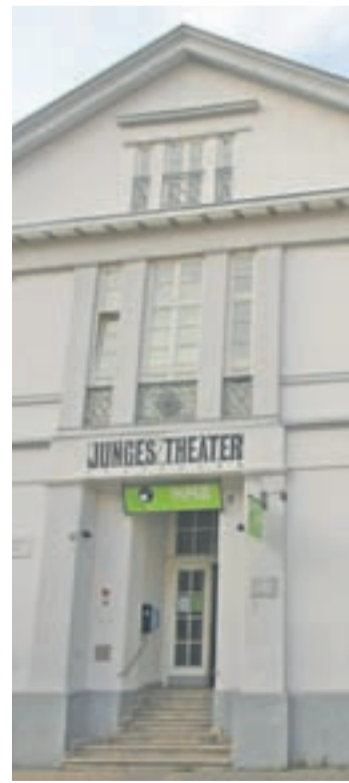
„Die von der Verwaltung vorgeschlagene Zusammenlegung hat

unserer Meinung nach das Ende des Jungen Theaters Göttingen zur Folge“, so die Verantwortlichen.

Die Verlagerung des Kinder- und Jugendtheaterbetriebes aus dem DT in das JT würde bedeuten, dass die Eigenständig- und Vielseitigkeit des JT nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Das Profil des JT werde durch eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen bestimmt. Das JT verbinde dabei seine Spielplanangebote mit Themen von Zielgruppen in und um Göttingen. Daneben sei eine weitere Kernaufgabe, breite Zuschauerschichten immer wieder durch zeitgemäß erzählte Theaterangebote ans Theater heranzuführen (Jugendliche und Erwachsene). Es ist ein Einstiegstheater für Jung und Alt und hält ein vielseitiges und niedrigschwelliges Angebot für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen bereit, und hat darüber hinaus ein Programm für Kinder, Jugendliche und Familien.

Den vorgegebenen Zeitdruck, innerhalb von vier Wochen trag- und belastbare Konzepte zu überlegen, lehnen wir darüber hinaus

ab. Der Träger des Jungen Theaters Göttingen lädt die Politik ein, darüber in einen Dialog zu treten, welche Modelle die kulturelle Vielfalt erhalten und Einsparungen ermöglichen könnten.“



„Das falsche Signal!“

Göttingen: Frauen-Notruf kritisiert Kürzungspläne

Mit Bestürzung hat der Frauen-Notruf e.V. auf die von der Stadt Göttingen geplanten Kultur- und Sozialkürzungen reagiert. Für die Gewaltberatungsstelle sind ab 2013 jährlich 13.500 Euro weniger vorgesehen, was die Einrichtung völlig unerwartet traf.

Noch im August hätten die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen im Wahlkampf versichert, die Einrichtung habe durch den „Zukunftsvertrag“ keine Kürzungen zu befürchten. Gespart werden soll nun – so der Vorschlag der Stadtverwaltung – an der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes.

Ziel des Gewaltschutzgesetzes ist es, aktiv auf Frauen zuzugehen, die von Gewalt durch ihren (Ex-) Partner betroffen sind. „Direkt nach einem Polizeieinsatz erhalten Betroffene von uns Informationsmaterialien per Post. Wir rufen sie außerdem an, um sie möglichst niedrigschwellig zu unterstützen und bieten ihnen persönliche Gespräche an. Diese Arbeit, von der gerade sehr belastete Frauen in so genannten Multiproblemlagen profitieren, müssten wir drastisch einschränken“, erklärt Maren Kolshorn, Diplom-Psychologin im Frauen-Notruf.

„Und nicht nur die Frauen, auch

die betroffenen Kinder werden unter dieser Sparpolitik zu leiden haben“, ergänzt Ute Zillig, Projektkoordinatorin der Kinder- und Jugendberatung im Frauen-Notruf. Seit 2009 erhalten auch Mädchen und Jungen ein altersgerechtes Angebot. „Da wir erfolgreich Stützmittel für die Region Göttingen eingeworben haben, musste die Stadt Göttingen für diese notwendigen Hilfen bislang keinen Cent bezahlen. Für 2013 benötigen wir von Seiten der Politik ein eindeutiges Signal, dass sie sich ihrer Verantwortung stellt. Ein Kahlschlag in der sozialen Infrastruktur in Göttingen ist für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche das falsche Signal“, sagt Zillig.

Auch die weiteren Kürzungspläne stoßen im Frauen-Notruf auf Unverständnis. „Wenn außerdem einer wichtigen Beratungsstelle wie profamilia die Mittel gestrichen werden, dann werden für Ratsuchende kaum noch niedrigschwellige Hilfsangebote zur Verfügung stehen“, stellt Kolshorn fest. Die Mitarbeiterinnen des Frauen-Notruf e.V. würden sich deshalb gemeinsam mit zahlreichen anderen Kultur- und Sozialeinrichtungen in einem Bündnis gegen die Kürzungspläne der Stadt engagieren.

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, lädt der Frauen-Notruf e.V. Interessierte zum Tag der offenen Tür in die Kurze Geismarstraße 43 (1. Stock) ein. Das Beratungs- und Fachzentrum zu sexueller und häuslicher Gewalt präsentiert zwischen 14 und 20 Uhr in thematisch gestalteten Räumen seine verschiedenen Arbeitsbereiche und weilt gleichzeitig zusätzliche Räume ein, die im letzten Jahr eingerichtet wurden.

Notwendig wurde die räumliche Erweiterung durch verstärkte Fortbildungsangebote, neue Gruppenangebote für gewaltbetroffene Frauen und die Arbeit der Kinder- und Jugendberatungsstelle phoenix. Möglich wurde die Einrichtung der Räume durch viele (Sach-) Spenden.

Bei einer kleinen Stärkung mit Kaffee und Kuchen besteht die Möglichkeit mit den Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle ins Gespräch zu kommen. Kolshorn: „Das Team möchte sich bei dieser Gelegenheit auch bei allen bedanken, die die Arbeit unterstützen und fördern.“

Eine Anmeldung unter der Telefonnummer 05 51 / 4 46 84 würde die Planung erleichtern, es bestehe aber selbstverständlich auch die Möglichkeit, spontan zu kommen. luco

Pro Weender Freibad

Weende: SPD lehnt entschieden die Schließung ab

Im Verwaltungsvorschlag zum „Zukunftsvertrag“ taucht auch die Schließung des Weender Freibades auf. Auf der Mitgliederversammlung am 20. Februar wurde dazu einstimmig folgender Beschluss gefasst: Der SPD-Ortsverein Weende lehnt den Vorschlag der Verwaltung, das Freibad Weende zu schließen, mit aller Entschiedenheit ab.

Das Weender Freibad ist mit circa 22.000 Quadratmetern Grundstücksfläche das größte und vom Gelände her schönste Freibad in Göttingen. Im Jahr 2010 hatte es von allen Freibädern – bezogen auf die Öffnungstage – wesentlich mehr Besucher als das Groner Freibad und insgesamt den größten Nutzerzuwachs.

Es trägt in besonders großem Maße als Grün-, Sport- und Freizeitfläche in dem mit mehr als 18.000 Einwohnern zweitgrößten Stadtteil Göttingens, den vorhandenen Schulen, Kindergärten, Sportvereinen,... zur Lebensqualität und Versorgung mit Schwimmsportanlagen und Freizeittflächen in diesem Teil der Stadt Göttingen für seine Bürger bei. Nimmt man das Einzugsgebiet (beispielsweise Boven, Nikolausberg, Deppoldshausen, Hagenberg, Holtenser Berg) hinzu, wären weit mehr als 23.000 Menschen von der Schließung betroffen, davon allein in der Altersgruppe bis 30 Jahre, al-

so Kinder, Jugendliche und Studenten etwa 9.900 Menschen. Eine Schließung des Freibades hätte nicht nur Einbußen der Lebensqualität zur Folge, vielmehr erwarten die Bürger sodann auch eine Abnahme der Attraktivität Weendes als Wohngebiet, einhergehend mit einem Wertverlust der bebauten Grundstücke. Zudem sei zu befürchten, dass eine Schließung des Freibades eine Bebauung zunächst dieses Grundstücks und alsbald danach der gesamten Bezirkssportanlage nach sich zöge.

Zudem könne bereits heute ein großer Teil der Grundschüler auch nach der vierten Klasse nicht schwimmen. Allein durch die Lern- und Sportschwimmhalle im Eiswiesebad könne eine Versorgung der Grundschulen mit ausreichenden Zeiten für den Schwimmunterricht nicht abgedeckt werden.

Eine Schließung des 57 Jahre alten Freibades sei auch vor dem Hintergrund der geplanten Neubebauung zur Ansiedlung von Familien mit Kindern auf dem Huhtamaki-Gelände völlig unverständlich.

Der Göttinger Fachdienst für Statistik und Wahlen weist bis zum Jahr 2019 in der Stadt Göttingen einen Bevölkerungszuwachs aus. Daran müsse und soll auch der Ortsteil Weende / Deppoldshau-



sen teilhaben, damit solle das Freibad Weende dafür sorgen, dass Weende auch in Zukunft für Familien mit Kindern und Studenten – selbstverständlich auch für die über 30-Jährigen attraktiv bleibt.

Die Weender SPD will sich daher dafür stark machen, „dass das bisher als Familienbad angenommene und erfolgreiche Freibad Weende geöffnet und erhalten werden kann“.

Gerade jungen Familien und älteren Menschen sei es nicht zumutbar, zum Teil auch wirtschaftlich nicht möglich, erst in den Süden der Stadt reisen zu müssen – in dem sich zukünftig die Schwimmanlagen konzentrieren sollen.

„Eine Schließung des Freibades Weende wäre mithin familienunfreundlich und sozial unverträglich.“ bb